



# Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger Delegiertenversammlung 2010 in Fürth

**Bund  
Naturschutz  
in Bayern e.V.**

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

## Gut leben statt viel haben

### Für einen Paradigmenwechsel unserer Industriegesellschaft und ein Ende der bisherigen Wachstumsideologie

**Prof. Dr. Hubert Weiger  
1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-10  
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger  
@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Das **Scheitern eines wirkungsvollen Energieeffizienzgesetzes** mit der zentralen Zielsetzung der stetigen Verringerung der Energie- und vor allem Stromverbräuche ist ein im negativen Sinn eindrucksvoller Beleg für die ökologische und ökonomische Blindheit der verantwortlichen Bundespolitik. Sie ist aber auch ein alarmierendes Beispiel dafür, wie es fast unmöglich ist, Vermeidungsstrategien in einer wachstumsfixierten Industriegesellschaft durchzusetzen.

Anknüpfend an die Wachstumsdebatte der 70iger Jahre erfolgte 1996 die Veröffentlichung der **Studie Zukunftsfähiges Deutschland** von BUND/Misereor.

Im selben Jahr hat die **Delegiertenversammlung des Bundes Naturschutz in Kitzingen mit ihrem Beschluss für ein „Zukunftsfähiges Bayern“** eine nachhaltige Entwicklung und ökologische Erneuerung Bayerns angestoßen. Zu einer Zeit, als die Diskussion über unsere Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen noch eine Randerscheinung war, in der der Benzinpreis noch bei 80 Cent je Liter lag und die Steigerung der Energieeffizienz für die bayerische Staatsregierung noch ein Randthema war.

Die Aufbruchsstimmung und die Erwartungen waren groß, Zitat:

*„Ein gutes Leben“ hängt nicht vom steigenden Bruttosozialprodukt und höherem Energieverbrauch ab. Eine gesteigerte Effizienz auf der einen Seite und ein geschärftes Bewusstsein für das „rechte Maß“ auf der anderen Seite eröffnen Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft und eine globale Partnerschaft.“*

So formulierte damals die Delegiertenversammlung einstimmig die Herausforderungen für Politik und Gesellschaft in Bayern. Für neun Kernbereiche von der Erneuerung der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft über die Energiepolitik bis zur Sicherung der Bürger- und Naturschutzrechte wurden Perspektiven aufgezeigt und konkretes Handeln eingefordert. Doch was ist inzwischen tatsächlich aus dem inflationär gebrauchten und missbrauchten, 1992 bei der 2. UNO-Umweltkonferenz formulierten Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“ geworden? 14 Jahre nach unserer ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ in einer globalisierten Welt fällt diese Bilanz schlecht aus:

- Beispiel Primärenergieverbrauch:  
In der ersten Studie hatten wir das Ziel formuliert, den Primärenergieverbrauch bis 2010 um 30 Prozent zu mindern.

Heute müssen wir feststellen: Er ist um 1,4 Prozent gestiegen.

Der Verbrauch fossiler Brennstoffe sollte bis 2010 um ein Viertel werden. Erreicht wurde ein bescheidener Rückgang um von 3,7 Prozent.

Beispiel Globaler Materialaufwand:

Dieser umfasst sowohl die Materialentnahme im Inland, als auch die indirekten ökologischen Rucksäcke der Importe. Der globale Materialaufwand hat in den letzten zehn Jahren um fünf Prozent zugenommen.

- Beispiel Flächenverbrauch:

In der ersten Studie Zukunftsfähigen Deutschland haben wir einen Stopp des Flächenfraßes gefordert. Heute müssen wir bilanzieren: Der Flächenverbrauch geht unvermindert weiter. Nach wie vor werden in Deutschland Tag für Tag Flächen im Umfang von 150 Fußballfeldern für Siedlungsbau und Verkehr neu versiegelt.

Unser **Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler**, wiederholte deshalb völlig zu Recht die Wachstumskritik bei der Verleihung des Dt. Umweltpreises 2009 an die BUND-Ehrenvorsitzende Prof. Dr. Angelika Zahnt:

*„Es ist auch Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes „immer mehr“ –Denken die Zukunft gewinnen kann. (...) Wichtig scheint mir auch, nach besseren Kriterien zu suchen, mit denen wir messen und beschreiben können, was eine gute Gesellschaft ausmacht. Das Sozialprodukt allein ist dazu nicht geeignet, verengt es doch den Blick auf das Wachstum dessen, was sich kaufen lässt. Unsere Lebenswelt ist aber größer als die Welt der Waren, der Mensch ist mehr als nur Konsument oder Produzent. Haben wir das schon ausreichend im Blick?“*

Die Fragen der Delegiertenversammlung von 1996 sind damit die Herausforderungen von heute: **Wie kann eine zukunftsfähige Politik aussehen, die naturverträglich ist?** Eine Politik, die unseren Kindern und den Kindern dieser Kinder ebenso eine sichere Existenz ermöglicht, wie den Menschen auf der Südhalbkugel.

Das gelingt nicht mit einer Politik, die stur auf "immer mehr und immer schneller" setzt: immer mehr Ressourcen verbrauchen, immer mehr Natur mit Beton überziehen, immer schneller Scheinlösungen produzieren statt Zusammenhänge zu sehen. Verkehrspolitik zum Beispiel muss Mobilitäts- und Raumordnungspolitik sein, denn immer mehr Autos auf den Straßen bringen uns nicht voran, sondern in Atemnot und Stress. Immer mehr Einkaufszentren auf der grünen Wiese ziehen auch mehr Autoverkehr nach sich und sind der Sargnagel für zukunftsfähige, lebenswerte Innenstädte.

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung ist in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft unstrittig. Doch der Einsicht in die Notwendigkeit fehlt ein gesellschaftliches Klima, das darauf drängt, sie in politisches Handeln umzusetzen, **Nachhaltigkeit** mit der zentralen Aufgabe der Sicherung der Lebensgrundlage ganz oben auf die Liste der Prioritäten zu setzen.

Zu beobachten ist vielmehr:

- eine extensive Nachhaltigkeitsrhetorik – vor allem über die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, wenn überall dazu und dort, wo es darauf ankommt im Zweifel zu Lasten der Ökologie – allerdings mit schwerem Herzen entschieden wird und

- ein Wachstumsvorbehalt in allen entscheidenden (Umwelt-)Fragen,

**„Nachhaltigkeit“ wird zur Füll-Floskel** in den Hochglanz-Umweltberichten der Konzerne, zur inflationären Phrase in politischen Reden und Grundsatzprogrammen. Aber es ändert sich nichts beim aberwitzigen Ausmaß des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen, beim Verschwenden von Wasser und Boden in Bayern und Deutschland. Unser Land ist wie die

gesamte westlich dominierte Industriegesellschaft nach wie vor nicht zukunftsfähig. Der Ressourcenverbrauch wächst im Wesentlichen ungebremst. Der Konsum aller Menschen überschreitet (selbst nach dem „Umweltbericht Bayern“) die nachhaltige Tragfähigkeit dieser Erde bereits heute um 20%. Wenn es so weiter geht, bräuchte die Menschheit nach Berechnungen unserer Freunde vom WWF ab 2035 zwei Erden, um den Ressourcenverbrauch zu befriedigen.

Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist weit entfernt von einer tatsächlich nachhaltigen Entwicklung. Das Versagen der Klimakonferenz von Kopenhagen hat ja auch gezeigt, wie gering die echte Bereitschaft zur Reduktion maßloser Energieverbräuche auch bei uns ist, und wie wir zwar rasch in der Lage sind Billionen zur Rettung spekulativer, auch öffentlicher Banken aufzuwenden, wie unmöglich es aber ist 1/1000 dieser Summe zur Rettung des Weltklimas aufzuwenden. Wäre die Welt eine Bank wäre sie schon längst gerettet. Diese Aussage von Greenpeace ist mehr als zutreffend.

Es geht eben nicht nur um bessere Energieeffizienz, um neue Technologien, um den Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energie, sondern es geht wie im energiepolitischen Programm des BN seit langem gefordert wird darum, ausgehend vom Jahr 1990 bis zum Jahr 2030 den Energieverbrauch um 50 Prozent zu senken.

**Ohne eine Verringerung aller Ressourcen- und Energieverbräuche um mindestens die Hälfte hat unser Land genauso wenig wie die weiteren Industrienationen eine Zukunft!**

Unser Leitbild "**gut leben statt viel haben**" trifft damit einen zentralen gesellschaftlichen Nerv. Immer mehr Menschen erkennen, auch dass ein Weiterwursteln angesichts der Endlichkeit der Erde unverantwortlich gegen künftige Generationen ist. Entwicklungen, die in die falsche Richtung gehen, bleiben nicht unwidersprochen. Immer mehr Menschen wehren sich – zum Beispiel gegen den Ausbau von Kohlekraftwerken wie Staudinger

an der hessisch bayerischen Grenze, gegen den Ausbau von Flughäfen wie den Großflughafen München II oder gegen die Freisetzung von Genpflanzen wie in den Landkreisen Kitzingen oder Pfaffenhofen.

Es geht aber nicht nur um einen „Richtungswechsel“ oder eine kleine „Kurskorrektur“ beim ständigem Güter- und Konsumwachstum, sondern um **ein neues Leitbild für Wirtschaft und Gesellschaft, das ohne quantitatives Wachstum auskommt, das auf die anderen Qualitäten, die das Leben ausmachen, setzt.**

**Wir brauchen als Maßlatte einen Glücklickeitsindex statt dem Bruttosozialprodukt**, das nur den monetären Wert der Güterproduktion und des Dienstleistungssektors misst, aber nicht erfasst, ob dieses Wachstum durch zunehmende volkswirtschaftliche Schäden verursacht wird, wie beispielsweise durch wachsende Krankheitskosten infolge von Umweltbelastungen, durch Schäden des Individualverkehrs oder durch Beseitigung der Schäden der klimabedingten Zunahme von Stürmen. Denn diese Folgen umweltschädlichen Wirtschaftens sind ja tatsächlich nicht wohlstandsmehrend, auch wenn dadurch das Bruttosozialprodukt wächst und dieses Wachstum zur zentralen Messlatte für den Erfolg oder Misserfolg der Politik geworden ist. „Absurdistan“ lässt grüßen.

Diese Diskussion darf aber auch nicht reduziert werden zur „Lebensstil-Debatte“. Es geht nicht nur um individuelle Wellness oder Geschmacksfragen. Individuelle Verhaltensänderungen sind das eine, aber sie ersetzen nicht völlig neue staatliche Rahmenbedingungen und klare politische Ziele, die der Verschwendung von Ressourcen und der Gier nach immer Mehr endlich ein Ende setzen!

Dieser radikale Kurswechsel muss deshalb politisch gegen die Profiteure der bisherigen Verschwendungswirtschaft durchgesetzt werden.

Lassen Sie mich beispielhaft den nun schon mehrmals angesprochenen Bereich des **Energieverbrauchs** herausgreifen: Der diese Woche vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf eines "**Energiedienstleistungsgesetzes**" bringt dank der Blockade von CSU und FDP keine verbindlichen Ziele wie zum Beispiel jährlich verringerten Stromverbrauch von 2% und wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wie sie im ursprünglich von der Bundesregierung geplanten **Energieeffizienzgesetz** vorgesehen waren. Zudem wollen die Regierungsfractionen die Förderung von Photovoltaikstrom drastisch kürzen. Energieeffizienz und Strom aus erneuerbaren Energien muss aber ausgebaut statt

politisch blockiert werden. Wir fordern daher den Einsatz der bayerischen Staatsregierung im Bundesrat für ein wirksames Energieeffizienzgesetz und eine Anpassung der Solarförderung mit Augenmaß.

Dafür muss sich die Staatsregierung und vor allem die CSU einsetzen und nicht für die lebensgefährliche Verlängerung der Laufzeit der AKW, damit Energiekonzerne wie E.on und Co. Zusatzprofite in Milliardenhöhe machen können.

Die Nutzung der Atomenergie ist lebensbedrohend und kein Beitrag zum Klimaschutz, wie es ein wirksames Energieeffizienzgesetz gewesen wäre, sondern dient der Gewinnmaximierung der Atomkonzerne. Daher haben jene viele tausend Menschen, die heute eine über 100 km lange **Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel bilden unsere solidarische Unterstützung**. Wer die Laufzeiten der AKWs verlängern will, erntet flächendeckenden Widerstand. Es gibt keine Renaissance der Atomenergie, sondern der Anti-AKW-Bewegung. Im Übrigen – die Stromkonzerne gefährden mit ihrem Handeln die Grundlage unseres Wirtschaftssystems, das aufgebaut ist auf dem Grundsatz *pacta sunt servanda*. Sie haben Milliarden durch ihre Akzeptanz der terminlich festgelegten Abschaltung ihrer AKWs verdient, weil deshalb der Staat auf Nachrüstungsmaßnahmen und auf höhere Haftpflichtrücklagen verzichtet und gleichzeitig akzeptieren zig Milliarden welche für die Entsorgung zurückgelegt waren und dadurch Konzerninvestments aufgelöst werden konnten. In der Summe beläuft sich dieses durch den Atomkonsens erzielte Verteilen auf ca. 40-50 Milliarden €!

Von daher ist es mehr als sittenwidrig, wenn jetzt die Konzerne massiv die Laufzeitverlängerung betreiben.

Ein weiterer zentraler Bereich, in dem wir das Feld im wahrsten Sinne des Wortes nicht den wachstumssüchtigen und profitgierigen Konzernen überlassen dürfen ist die **Landwirtschaft**.

Der BN wurde in meiner Person in die 30-köpfige **Zukunftskommission Landwirtschaft** der bayerischen Staatsregierung berufen, die seit Herbst 2009 in mehreren Sitzungen die Zukunft von Bayerns Landwirtschaft 2020 beraten soll. Der derzeitige Diskussionsprozess zeigt, dass hauptsächlich die landwirtschaftliche Interessensvertretung an der Weltmarktorientierung der bayerischen Landwirtschaft festhalten will und sich gegen eine Umorientierung der **Fördermittel** in Richtung einer nachhaltigeren Landwirtschaft sperrt.

Der BN ist einverstanden, wenn die Landwirtschaft gesellschaftliche Unterstützung über den EU Agrarhaushalt und Fördermittel aus Bundes- und Landesmitteln erhält. Allerdings nicht im Gießkannenprinzip gleichermaßen für bäuerlich und industrielle Landwirtschaft. Die Bezahlung der Leistungen der Landwirtschaft müssen künftig klarer definiert werden, und die Zahlungen an Nachhaltigkeit und soziale Kriterien gekoppelt werden.

Wesentliche Forderungen des BN in diesem Diskussionsprozess sind:

- 1. Die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern muss erhalten werden.**

Agrarpolitische Maßnahmen müssen auf bäuerliche Landwirtschaft ausgerichtet werden, nicht auf die weitere Industrialisierung von „Tier und Pflanzenproduktion.“ Unter bäuerlicher Landwirtschaft wird verstanden: Das Denken in Generationen – damit steht die Pflege und der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, der Erhalt der natürlichen Ressourcen und die Erwirtschaftung eines angemessenen Einkommens über dem kurzfristigen Ziel einer Gewinnmaximierung.

## **2. Bayern muss frei von Agrogentechnik bleiben**

Nicht nur der kommerzielle Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen muss verboten bleiben, es darf auch keine Forschungsfreisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen geben. Forschung muss im Labor bleiben, oder darf höchstens im Gewächshaus durchgeführt werden. Wenn wir keine gentechnisch veränderten Pflanzen brauchen, müssen wir an Alternativen forschen, die auf eine dauerhaft nachhaltige, ökologische Landwirtschaft ausgerichtet sind.

BN Forderung ist auch ein Ausstieg aus der Verfütterung gentechnisch veränderter Pflanzen und eine verbesserte Bewerbung und Verbreitung der „Ohne Gentechnik“- Kennzeichnung. Auch der regionale Eiweißfutteranbau muss vorangebracht werden.

In die richtige Richtung weist dazu das **von führenden CSU-Umweltpolitikern wie Umweltminister Dr. Markus Söder am 15. April 2010 vorgestellte Thesenpapier**. Die CSU schlägt ein generelles Anbauverbot in Bayern vor, lässt allerdings Freisetzungsversuche für Forschungszwecke, die im Kompetenzbereich des Bundes stehen, offen. Es wird eine bayrische Proteinstrategie gefordert, die ganz im Sinne des BN ist. Der BN wehrt sich aber gegen Verschmutzungsgrenzwerte für Lebens- und Futtermittel mit in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen in der Form, dass Analysewerte großzügig ausgelegt werden sollen. Trotzdem wird der Beschluss als weiterer Schritt in Richtung eines gentechnikfreien Bayerns vom BN begrüßt. Nun muss ein Kabinettsbeschluss diese Forderungen der CSU-Politiker untermauern.

Weitere Forderungen des BN in der Zukunftskommission Landwirtschaft sind:

## **3. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen verstärkt ausgebaut werden**

Dazu gehören

- die Förderung und der Ausbau regionaler, dezentraler Strukturen,
- der Schulterschluss von Bauern, Verbrauchern und Handwerk mit transparenter Kennzeichnung der Herkunft und Qualitäten
- die Einbeziehung der regionalen Akteure und Gebietskörperschaften in eine eigenständige Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum, unabhängig von den Metropolzentren

## **4. Ernährungsbewußtsein und Ernährungsbildung muss ausgebaut werden**

Dies umfasst:

- Stärkung der Alltagskompetenz im Bereich Ernährung, Lebensmittel und Gesundheit (kritische Verbraucherbildung)
- Flächendeckende Information und Beratung der BürgerInnen
- Umfassende Schulbildung, fächerübergreifend durch Änderung der Lehrpläne

- Bewusstsein schaffen für Qualitätslebensmittel, Abkehr von der „Geiz ist geil“-Mentalität

## 5. Artgerechte Tierhaltung und Fütterung

- Abkehr von einer Investitionsförderung in immer größere Ställe hin zu Stallbauten, die mindestens den Kriterien der in der EG- Ökoverordnung festgelegten artgerechten Maßstäben entsprechen und eine
- artgerechte Fütterung

**Generell gilt:** Wir brauchen eine **Abkehr von einer erdölbasierten Landwirtschaft** hin zu einer auf Sonnenenergie basierenden Lebensmittelerzeugung. Klimaschutz muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt werden und Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität und der ökologische Landbau müssen künftig im Mittelpunkt aller agrarpolitischen Fördermaßnahmen und Bildungsanstrengungen stehen

Doch ich möchte nicht nur über die gegenwärtigen Felder unserer Aktivitäten sprechen, sondern auch über **die bereits erzielten Erfolge**. Es ist viel erreicht worden in 2009. Der Vorstandsbericht von Doris Tropper und Sebastian Schönauer wird die Erfolge vertiefen, aber lassen Sie mich ein Vorhaben herausgreifen, weil es in vielem beispielhaft ist für das Engagement des BN.

**Das „Grüne Band“** das 2009 sein 20-jähriges Jubiläum feierte. Der Schutz von 1.400 km „Natur am Stück“ quer durch Deutschland von Hof über die Rhön, den Harz und die Elbe bis zur Ostsee bei Lübeck. Entstanden durch die Nutzungsruhe einer unmenschlichen innerdeutschen Grenze.

Das Projekt begann 1975, als der 16-jährige Leiter einer oberfränkischen BN-Jugendgruppe, Kai Frobels, bei seinen ornithologischen Exkursionen den Wert der Brachestreifen der Grenzanlagen für den Naturschutz erkannte. Zusammen mit weiteren Jugendlichen und Artenschutzspezialisten aus der Kreisgruppe Coburg des BN gründeten sie einen eigenen „Arbeitskreis Ökologie Coburg des BN“, in dem dann Dutzende ehrenamtlicher Spezialisten die Flora und Fauna des gesamten Coburger Raums und des Obermainlands seit 1979 flächendeckend kartierten.

Dabei erfassten sie, was Ende der 70er Jahre ausgesprochen unsinnig schien, auch den Grenzstreifen der DDR mit, also Flächen eines anderen Staatsgebietes. Sie entdeckten dort eine wahre Schatzkammer des Artenreichtums. Damit schufen sie die harten Fakten, mit denen ab 1989 der BN bundesweit für den Schutz des längsten Biotops Deutschlands werben konnte.

Diese **Kartierung** mit fast 50.000 Einzeldaten von 269 Tier- und Pflanzenarten war rein ehrenamtlich, ohne Werkvertrag, ohne Fahrtkostenzuschuss, ohne einen Pfennig staatlicher Hilfe. Es war keine Naturschutzbehörde, kein Ministerium, kein Landesamt oder Bundesamt, die den überragenden Wert erkannten, sondern Schüler, Studenten, Berufstätige und Rentner im BN, die einen gut Teil ihrer Freizeit und v.a. Lebenszeit dafür einbrachten.

Anfang der 1980er machte der BN mit **Pressekonferenzen, Vorträgen und Publikationen** darauf aufmerksam, dass in der fränkischen Kulturlandschaft eine Fülle von seltenen Arten nur überleben konnte, weil es einen Todesstreifen der angrenzenden DDR gab.

Seit 1981 kaufte die BN-Kreisgruppe Kronach gezielt Biotopflächen auf bayerischer Seite, die direkt an der Grenze lagen. Und wieder ohne einen staatlichen Zuschuss, sondern er-

möglichst nur durch einen älteren Herren, jahrzehntelanges BN-Mitglied aus dem Raum Mitwitz, der seine Erbschaft dem BN vermachte.

**Im Dezember 1989 war es der BN, der zusammen mit der BN Kreisgruppe Hof zum ersten gesamtdeutschen Naturschutztreffen nach Hof einlud, bei dem Kai Frobels und ich eine Resolution vorlegten, in der das „Grüne Band“ als zentrales Projekt der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen wurde.** Eine kühne Idee, eine gewagte Vision, aus einem Todesstreifen eine Lebenslinie zu machen, ein Band von Wildnis und Brache 1.400 km quer durch Deutschland.

Es schien anfangs unmöglich. Die Bedenkenräger aus Verwaltung und Politik legten sich sofort quer. Mühsam trotzten wir dem Umweltministerium einige 10.000 DM ab für eine Kartierung des Grenzraumes Bayern, Thüringen, Sachsen. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begann. Und es begannen 20 Jahre mühsame Lobbyarbeit. Und extrem zähes Ringen um erste Fördermittel. Unsere Arbeit war oft genug geprägt von Enttäuschungen, Niederlagen und Rückschlägen: so als 1996 der Bundestag per Gesetz beschloss, alle Biotopflächen des Grünen Bandes auf dem freien Grundstücksmarkt zu verkaufen.

Aber unsere Lobbyarbeit und v.a. die Medienarbeit war auch geprägt von Zuspruch, von Menschen, die begannen zu erahnen, was das für eine faszinierende Vision war: aus einem brutalen Erbe der jüngsten deutschen und europäischen Geschichte ein lebendiges, positives und ökologisches Denkmal der Natur zu schaffen.

Zwischen 1989 und 2000 stand der BN aber gleichsam allein beim Grünen Band, dem ersten wirklich gesamtdeutschen Naturschutzprojekt. Alle Pressearbeit, alle Faltblätter, alle Untersuchungen waren von uns veranlasst. Erst 1996 gelang es nach erbittertem Kampf in den Medien, aus dem Bundesland Thüringen, damals Gegner der Idee, einen Befürworter zu machen. Erst 2000 konnten wir das Bundesamt für Naturschutz überzeugen. Erst 2004 kam es zu einem Bundestagsbeschluss für den Biotopverbund Grünes Band.

Dann, je näher das Jubiläum rückte, ging es steil nach oben: das Grüne Band schaffte es als Begriff in die Koalitionsvereinbarungen dreier Bundesregierungen, wurde 2007 Leuchtturmprojekt der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung, 2008 wurden 3.800 Hektar Grüne Band Flächen aus Bundesbesitz an das Land Thüringen mit der Zweckbestimmung Naturschutz übertragen und 2009 wurde der Begriff „Grünes Band“ - vom BN 1989 in einer Resolution quasi erfunden - in § 21 „Biotopverbund“ des heute gültigen Bundesnaturschutzgesetz aufgenommen.

Heute ist es das international bekannteste Naturschutz- und Vorzeigeprojekt Deutschlands.

2002 war es wieder der BN, der im Beisein von Michael Gorbatschow als Erster die Vision eines „**Grünes Bandes Europa**“ aus der Taufe hob – mit einer Länge von 12.500 km und 23 beteiligten Staaten das größte Naturschutzprojekt weltweit. Michael Gorbatschow wurde ohne vorherige Absprache der Schirmherr, da er auf meine öffentlich dazu vorgetragene Bitte mit einem schlichten „Ja“ antwortete.

Aus einer Vision wird nun Wirklichkeit und wenn wir den neuen Schutzstatus „Nationales Naturmonument“ erreichen, dann ist das Grüne Band Deutschland wirklich langfristig gesichert. Schon jetzt verdanken die bundesweit 15.000 Hektar erhaltene Biotopfläche des Grünen Bandes ihre Existenz dem Einsatz des BN und des BUND.

(Im selben Zeitraum hat übrigens der BN in ganz Bayern ca. 500 ha Biotopfläche durch Ankauf in Bayern erhalten können).

Was zeigt das?

## **Der Naturschutz braucht positive Visionen – auch wenn ihre Realisierung anfangs aussichtslos erscheint. Visionen geben Kraft und Identität.**

Das Beispiel Grünes Band zeigt aber auch:

- 1) Die Innovationskraft des ehrenamtlichen Engagements ist unersetzbar und es ist oft genug die alleinige Basis für vieles, was später einmal als Naturschutzerobertrag des Staates gefeiert wird.
- 2) Erfolge brauchen Ausdauer und einen sehr, sehr langen Atem
- 3) Erfolge brauchen die finanzielle, personelle und hauptamtliche Kontinuität eines Landes- und Bundesverbandes, beim Grünen Band mit der Einrichtung eines Projektbüros in Nürnberg und Berlin mit hervorragenden Mitarbeitern wie Melanie Kreutz und Liana Geidezis.
- 4) Spender sind unersetzbar, auch die mehrere Zehntausend Menschen, die mit dem 65 € - Anteilsschein Grünes Band heute die finanzielle Basis des Projektes schaffen
- 5) Und schließlich: Es braucht Persönlichkeiten, die eine Vision authentisch und überzeugend verkörpern und propagieren, daher Dank insbesondere an den „Vater des Grünen Bandes“, den BN-Artenschutzreferenten Kai Frobel.

**Diese Beharrlichkeit, aber auch diesen Optimismus und diese positive Vision, die beim Grünen Band zum Erfolg geführt haben, gilt es zu übertragen auf die Vision eines sozial-ökologischen Gesellschaftssystems, das nicht auf Wachstum gründet, denn ein Wirtschaftssystem, das auf exponentiellem Wachstum aufbaut, ist nicht überlebensfähig.**

Wir müssen in Zukunft als Gesellschaft definieren, was wachsen soll, wie die Fläche sich selbst überlassener Natur, des Ökologischen Landbaus oder der Dächer mit Photovoltaik- und Kollektorenanlagen, aber auch, was schrumpfen soll, wie die großen Kernkraftwerke oder die industriellen Tierhaltungsställe. Natürlich brauchen wir eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. Produkte müssen langlebiger, dauerhafter und schonender werden. Eine Kreislaufwirtschaft, die weit über die Entkoppelung vom Wirtschaftswachstum hinausgeht, gehört dazu. Vor allem aber geht es um eine globale Ordnung, die mehr Gerechtigkeit und die Demokratisierung der Wirtschaft ins Zentrum stellt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Bewertung des wirtschaftlichen Wachstums durch neue qualitative Maßstäbe, ein ökologischer und sozialer Rahmen für eine faire Wirtschaft und ein neues Verständnis von Fortschritt nach dem Motto weniger, besser, menschlicher.

Es geht aber auch um die Neubewertung von Arbeit – gerade die ideelle Arbeit wie sie im BN in Hunderttausenden von Arbeitsstunden geleistet wird muss nicht nur die überfällige gesellschaftliche Anerkennung erfahren, sondern auch Basis einer neuen Bürgergesellschaft werden, die solidarisch ist mit denen, die Hilfe brauchen und die fair ist zu anderen Regionen unserer Erde. Eine Bürgergesellschaft, die erkannt hat, gut leben ist etwas anderes als viel haben und Zufriedenheit hat mehr mit dem eigenen Wohlfühlen und der persönlichen Anerkennung zu tun, als mit materiellem Wohlstand. Dazu zählt auch die Freude an der Natur und an der Vielfalt und Schönheit unserer Landschaft. Deshalb gilt nach wie vor die Aussage von Prof. Ernst Rudroff aus seiner Heimatschutzrede von 1889:

*„Die Menschheit ist auf dem besten Wege, über dem Jagen nach materiellen Vorteilen die Schönheit der Welt zu zerstören, dem irdischen Dasein jeden edleren Reiz zu rauben, ja unserem gesamten höheren Geistesleben die Wurzeln abzugraben.“*

Unsere Arbeit als BN ist es seit fast 100 Jahren, diesen Prozess zu stoppen und immer mehr Menschen erkennen die Richtigkeit dieses Vorhabens. Unser Einsatz für die Natur ist daher nicht nur mit Sorge, Frust und Ärger verknüpft, sondern auch mit der Freude an dem, was durch unsere Arbeit gerettet wurde, vom Baum in der Stadt bis zum geretteten Feldgehölz oder Wald, vom renaturierten Bach bis zur bis heute noch frei fließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen – oder dem durch unsere Arbeit vor Autobahnen geretteten Flusstälern der Regnitz und der Pegnitz hier in Fürth, vom geretteten Hafenlohrtal oder dem vor einer Autobahn gerettetem Fichtelgebirge, von dem in diesem Jahr 40 Jahre alt werden den Nationalpark Bayerischer Wald oder dem mehr als 30 Jahre alten Nationalpark Berchtesgaden / Königssee bis zum mit Sicherheit kommenden Nationalpark Nördlicher Steigerwald.

Auch wenn die Aufgaben, welche vor uns liegen gewaltig sind, wir können dankbar denen gedenken, die sich vor uns für die bayerische Heimat eingesetzt haben und auf deren Einsatz wir aufbauen können und wir können auf das, was wir gemeinsam gegen viel Widerstand erfolgreich durchgesetzt haben, auch ein klein wenig stolz sein.